

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------------|--|
| 1. Chronik des VW-Abgasskandals | |
| 2. Volkswagen AG | |

Chronik des VW-Abgasskandals

Im Zuge des [VW-Abgasskandals](#) kam heraus, dass die [Volkswagen AG](#) Abgaswerte verschiedener Fahrzeugmodelle jahrelang bewusst gefälscht hatte. Obwohl das Problem intern seit 2006 bekannt war, erfuhr die Öffentlichkeit erst im September 2015 nach einer Veröffentlichung der US-Umweltbehörden vom Einsatz der Manipulations-Software. Zuvor hatte VW aus eigenem "Geheimhaltungsinteresse" versucht, einen Deal mit den US-Behörden auszuhandeln.^[1]

Z
ei
tl
ei
Entwicklungen im Abgasskandal

st

e

S

e

p

t

e **Ex VW-Chef Winterkorn vorerst nicht vor Gericht**

m Der frühere Volkswagen-Chef Martin Winterkorn wird vorerst nicht beim Betrugsprozess zum Dieseldgate
b erscheinen. Das Verfahren gegen den Ex-Konzernchef könne nur separat geführt werden, sagte ein
e Sprecher des Landgerichts der DPA. Ein Beginn der Verhandlung gegen Winterkorn ist somit nicht
r absehbar.^[2]

2

0

2

1

VW: Entscheidung über Diesel-Klagen kann noch Jahre dauern

28.000 Kläger die über den Anbieter Myright Sammelklagen gegen VW erhoben haben warten noch immer auf ein endgültiges Urteil. Obgleich Sammelklagen vom BGH als rechtmäßig bewertet wurden, konstatiert VW, dass es noch "viele Lücken und Unstimmigkeiten" in den Klagen gäbe. Myright wirft dem Konzern vor auf Zeit zu spielen. "Nach der Rechtsprechung des BGH zum Dieselskandal wird vom Schadenersatz nämlich die Nutzung des Autos abgezogen - wer es jahrelang weiterfährt, geht also möglicherweise leer aus."^[3]

M
ai **BGH Urteil - VW ist schadens-ersatz-pflichtig**

2 Mit dem Urteil vom 25. Mai 2020 hat der BGH entschieden, dass **VW zum Schadenersatz**
0 **verpflichtet** ist (Az.: VI ZR 252/19). Bei betroffenen Fahrzeugen müsse VW Kaufrückabwicklungen,
2 wenn vom Kunden gefordert, durchführen.^[4]

0

S

e

p

t

e Daimler muss 870 Millionen Euro Strafe zahlen

m Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat eine "fahrlässige Verletzung der Aufsichtspflicht" festgestellt und
b den Konzern zu Strafzahlungen verpflichtet. Das Urteil ist rechtskräftig.^[5]

r

2

0

1

9

M

ai Porsche muss 535 Millionen Euro Strafe zahlen

2 Begründet wurde das Urteil mit "fahrlässigen Aufsichtspflichtverletzungen in der Entwicklungsabteilung
0 im Hinblick auf die Emissionen von Fahrzeugen im Zeitraum ab 2009"^[6]

9

M

ä

rz

2 Es hält Schadensersatzansprüche gegen VW wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung für
0 gerechtfertigt (Az.: 13 U 142/18)^[7]

1

8

F

e

b

r

u

a Fahrverbote für Diesel nehmen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2018
r immer realistischere Formen an.^[7]

2

0

1

8

M

ä

rz

2 **16.03: VW-Manager Schmidt bleibt weiterhin in Haft.** Ein amerikanischer Richter lehnte den
0 Antrag des ehemaligen VW-Managers Oliver Schmidt ab, gegen eine Kaution in Höhe von 1,6 Millionen
Dollar, die Inhaftierung zu verlassen.^[8]

1

7

**10.03: Einigung auf einen Vergleich mit dem US-Justizministerium, der eine Geldstrafe von 4,1
Milliarden Dollar impliziert.** Voraussetzung für den Vergleich ist, dass sich der VW-Konzern in drei
Anlagepunkten für schuldig bekennt. Diese sind: Verschwörung zum Betrug, Behinderung der Justiz
und der Verkauf von Waren unter falschen Angaben.^[9]

F

e

b

1,26 Milliarden US-Dollar Entschädigung für betroffene Drei-Liter Motoren. Nachdem im Oktober 2016 ein milliardenstarker Vergleich für Dieselfahrzeuge mit Zwei-Liter-Motoren erzielt wurde, betrifft eine erneute Milliardenzahlung in den USA nun 80.000 Fahrzeuge mit Drei-Liter-Motoren von VW und den Konzerntöchtern Porsche und Audi.^[10]

2

0

1

7

Ja

n

u

10. Januar: Einigung des Konzerns mit dem US-Justizministerium und den Zollbehörden: Zur Beilegung von Ermittlungen und Strafen wurde ein weiterer Vergleich erreicht, der VW zur Zahlung von 4,3 Milliarden Dollar verpflichtet.^[11]

0

1

7

7. Januar: Verhaftung des US-Volkswagen-Managers: Der US-Manager Oliver Schmidt wird in Florida verhaftet und muss mit einer lebenslangen Haftstrafe rechnen. Er wird beschuldigt, vor dem Aufblähen des Skandals gegenüber den US-Umweltbehörden Falschaussagen gemacht zu haben.^[12]

19. Januar: Winterkorn gibt sich unwissend. Bei seinem ersten Auftritt seit dem Rücktritt als VW-Chef vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss gibt Martin Winterkorn an, nicht vor der Öffentlichkeit von den Manipulationen gewusst zu haben. Demnach habe er erst im September 2015 von der Manipulationssoftware erfahren. Bei einigen Fragen verweist Winterkorn auf sein Verweigerungsrecht.^[13]

D

e

z

e

Deutsche Spitzenpolitiker vor dem Untersuchungsausschuss; Abgas-Untersuchungsausschuss des Bundestags lädt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Umweltministerin Hendricks und Kanzleramtschef Altmaier vor. Gabriel sagt aus, er hätte eine Manipulation bei VW nicht für möglich gehalten.^[14] Der Bundestagsausschuss soll feststellen, wann die Bundesregierung Wissen in der Abgasaffäre erlangte.

2

0

1

6

Die EU-Kommission bringt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland auf den Weg. Der Vorwurf lautet, die deutschen Kontrollbehörden hätten in der Abgasaffäre versagt und somit europäisches Recht verletzt.^[15]

Entschädigung für Besitzer von Dieselfahrzeugen in Kanada: Der Vergleich könnte die Besitzer der 105.000 betroffenen Fahrzeuge mit bis zu 2,1 Milliarden kanadischer Dollar (1,5 Milliarden Euro) entschädigen. Endgültig darüber entscheiden werden die zuständigen kanadischen Gerichte im März 2017.^[16]

N
o
v
e
m
b
e
r
2
0
1
6

VW will weltweit 30.000 Stellen abbauen. Ein Großteil davon, bis zu 23.000 Stellen, in Deutschland. ^[17]

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun auch gegen Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch.

Pötsch wird Marktmanipulation in der Abgasaffäre vorgeworfen. ^[18]

Volkswagen will in den USA künftig keine Dieselfahrzeuge mehr verkaufen. ^[19]

O
kt
o
b
e
r
2
0
1
6

Spitzenbeamte Uwe Lahl wird vor den Untersuchungsausschuss geladen. Er hatte im Bundesumweltministerium gearbeitet, als im Jahr 2008 der Verdacht einer Manipulation geprüft wurde. ^[20]

Milliardenschwerer Vergleich Das zuständige Bundesbezirksgericht in San Francisco hat den Vergleich des Konzerns mit VW-Besitzern endgültig genehmigt. Der Vergleich verpflichtet Volkswagen zur Zahlung von 14,7 Milliarden Dollar. Etwa 10 Milliarden Dollar davon werden für den Rückkauf von 500.000 Fahrzeugen mit Zwei-Liter-Motoren eingesetzt. ^[21]

Verkehrsminister Dobrindt weist Mitschuld der Bundesregierung zurück. Vor dem EU-Untersuchungsausschuss erklärt Dobrindt, die Bundesregierung habe selbst nicht betrogen und nach Bekanntwerden des Abgasskandals sofort und umfassend reagiert. ^[22]

In Deutschland verlaufen Nachrüstungen von Dieselfahrzeugen schleppend. Auf eine kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion antwortet die Bundesregierung, dass bis Oktober 2016 lediglich etwa 10 Prozent der manipulierten Dieselfahrzeuge umgerüstet wurden. Der Konzern hatte sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2016 Umrüstungen abzuschließen. ^[23]

S
e
p
t
e
m
b
e
r

Winterkorn erfuhr womöglich schon Ende Juli 2015 von Manipulation. Medienberichten zufolge wurde Winterkorn knapp zwei Monate vor Bekanntwerden des Skandals von VW-Entwicklern über die Manipulationssoftware informiert. ^[24]

e
r
2
0
1
6
A
u
g
u
2
0
1
6

Regierung und Konzerne waren seit Jahren über Probleme informiert. Der Gutachter Denis Pöhler vom Institut für Umweltp Physik der Universität Heidelberg stellte heraus, dass spätestens im Jahr 2010 durch eine damalige Studie die Überschreitung der Grenzwerte bekannt gewesen sei.^[25]

Webseite "Frag Den Staat" veröffentlicht Dokumente, die zeigen, wie das Wirtschaftsministerium dem VW-Konzern zur Seite springen wollte.^[26]

Frankreich: Bericht der Regierung zu Affäre bei Renault soll geschönt worden sein. Der französische Hersteller Renault hatte ebenfalls 16.000 Fahrzeuge umrüsten müssen. Umweltschützern zufolge war ein Bericht unvollständig.^[27]

Südkorea stoppt den Verkauf von Fahrzeugen aus dem VW-Konzern; vielen Modellen wurde zuvor bereits die Zulassung entzogen.^[28]

Das Bundesland Bayern kündigt Klage wegen Kursverlust an, Hessen und Baden-Württemberg prüfen ebenfalls gerichtliche Schritte. Grund sind mögliche Kursmanipulationen.^{[29][30]}

Ju
li
2
0
1
6

US-Gericht stimmt Vergleich grundsätzlich zu: VW hatte sich zu einer Zahlung von rund 13,3 Milliarden Euro bereit erklärt. Die endgültige Entscheidung soll am 18. Oktober 2016 fallen.^[31]

Untersuchungsausschuss im Bundestag nimmt Arbeit auf. Laut dem Vorsitzenden Herbert Behrens (Linke) soll auch geklärt werden, ob mit aggressivem Lobbyismus Gesetzeslücken geschaffen wurden, die den Skandal ermöglichten.^[32]

Ju
ni
2
0
1
6

EU-Kommission war seit 2010 über Manipulationen informiert. Laut einem Bericht der englischen Zeitung "The Guardian" gab es in internen Papieren der EU-Kommission bereits seit 2010 Hinweise auf die Existenz von systematischen Manipulationen bei Abgastests.^[33]

Verdacht auf Marktmanipulation: Deutsche Aufsichtsbehörde zeigt VW-Vorstandsmitglieder an. Die Finanzaufsichtsbehörde BaFin eine Anzeige wegen des Verdachts auf Marktmanipulation angestellt. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig eröffnete Ermittlungen gegen den ehemaligen VW-Chef Martin Winterkorn und den amtierenden VW-Markenchef Herbert Diess.^[34]

Die Kosten für einen bei US-Gerichten vorliegenden Vergleichsvorschlag werden auf 14,7

Mrd. US-Dollar geschätzt.^[35] Zugleich forderten verantwortliche Politiker in der EU, dass auch Kunden in Europa besser entschädigt werden sollten.^[36]

A

p Linke werfen Dobrindt Absprache mit der Autoindustrie vor. Mitglieder des Abgas-
ril Untersuchungsausschusses des Bundestags sind der Meinung, dass Dobrindt die Veröffentlichung der
2 Testergebnisse zu Abgasuntersuchungen bewusst verzögert habe, um den Autokonzernen so mehr Zeit
0 einzuräumen. Linken-Abgeordneter Herbert Behrens befürchtet, dass Dobrindt sich womöglich mit den
1 Konzernen abgestimmt habe.^[37]

6

VW einigt sich mit den US-Behörden. Der ausgehandelte Kompromiss umfasst einen Plan für Rückkäufe, Reparaturen und Entschädigungen für Dieselpesitzer, sowie die Einrichtung eines Umweltfonds. Der zuständige US-Richter Charles Breyer setzte die Frist für eine detaillierte Einigung über die Reparatur der etwa 580.000 Dieselfahrzeuge auf den 21. Juni fest.^[38]

Greenpeace veröffentlicht Schwarzbuch zur Autolobby. In dem Buch werden Verflechtungen zwischen Politik und Automobilindustrie aufgezeigt und Beispiele verschiedener Seitenwechsler gegeben. Die Verbrüderung von Autokonzernen und Politikern sei unter anderem dafür verantwortlich, dass es in Europa immer noch schwache CO2-Grenzwerte gebe.^[39]

VW Manager wollen trotz Krise nicht auf Bonuszahlungen verzichten. Obwohl die Vorstände von VW von einer "existenzbedrohenden Krise" sprechen, bestehen sie weiterhin auf ihre Boni für das Jahr 2015. Hans Dieter Pötsch etwa ließ sich laut Spiegel knappe zehn Millionen Euro für seinen Wechsel an die Spitze des Aufsichtsrats zahlen, da er in dieser Position weniger als im Vorstand verdienen würde, für den sein Vertrag ursprünglich bis 2017 datiert war.^[40]

M

ä VW beantragt Fristverlängerung in den USA. Da sich VW und die US-Umweltbehörde bislang noch
rz nicht auf einen Plan zur Umrüstung der etwa 580.000 Dieselfahrzeuge einigen konnten, beantragten sie
2 beim US-Gericht eine zweiwöchige Aufschiebung der Frist. Außerdem fordern US-Ermittler weiterhin
0 Einsicht in Protokolle und Akten, die laut VW dem deutschen Datenschutzgesetz unterliegen und
1 deshalb nicht freigegeben werden könnten.^[41]

6

Umwelthilfe greift Dobrindt an. Nachdem der Abgasskandal im September 2015 publik geworden war, hatte Verkehrsminister Alexander Dobrindt eine Überprüfung der Abgaswerte verschiedener Modelle angeordnet. Bis jetzt wurden von ihm noch keine Ergebnisse veröffentlicht und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gelangte lediglich an eine Akte des Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), die jedoch größten Teils unleserlich gemacht worden war. Bereits im Januar reichte die DUH eine Untätigkeitsklage gegen das KBA ein.^[42] Die DUH wirft Dobrindt vor, "die Interessen der Wirtschaft vor die Gesundheit der Bürger zu stellen".^[43]

Sammelklage gegen VW. Die amerikanische Kanzlei Hausfeld vertritt deutsche Kunden und Unternehmen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber dem Konzern.^[44]

Amerika-Chef Michael Horn tritt am 9. März zurück. Er führte das Amerika-Geschäft seit Anfang 2014.^[45]

US-Justizministerium weitet Ermittlungen aus. Es ermittelt laut Der Zeit nun auch wegen Verdacht des Bankbetrugs und wegen möglicher Verstöße gegen Steuergesetze gegen VW. So soll geprüft werden, ob VW mit der Manipulation auch für Steuergutschriften haftbar ist, die amerikanische Autokäufer für ihre Fahrzeuge mit einem vermeintlich geringeren Abgasausstoß bekamen.^[46]

Zahl der Beschuldigten von sechs auf 17 erhöht. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt nun gegen 17 Beschuldigte, unter denen sich jedoch kein Vorstandsmitglied befindet. Die Anwälte von VW betonen, dass Mitarbeiter „unterhalb der Vorstandsebene“ die Entscheidung zur Manipulation getroffen hätten und dass der Vorstand erst im Sommer 2015 davon Kenntnis genommen habe. Einen Zwischenbericht zur Schuldfrage will VW Ende April vorlegen.^[47]

VW wollte Strafzahlung mit US-Behörden aushandeln. Nach Informationen von NDR, WDR und der Süddeutschen Zeitung ging man bei VW bis Mitte September 2015 davon aus, sich mit den US-Behörden auf eine Strafzahlung unter 100 Millionen Euro einigen zu können. Deshalb habe der Konzern damals ein „Geheimhaltungsinteresse“ gehabt.^[48] Doch die US-Umweltbehörde EPA veröffentlichte am 18. September 2015 die Manipulationsvorwürfe und nannte eine Maximalstrafe von 18 Milliarden Dollar.^[49] Laut der Süddeutschen Zeitung waren auch der damalige Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch und der neu ernannte VW-Chef Matthias Müller über diesen Plan der dauerhaften Geheimhaltung informiert.^[50]

Winterkorn wurde 2014 über erhöhte Abgaswerte informiert. VW gibt in einer Pressemitteilung bekannt, dass der damalige Vorstandsvorsitzende Winterkorn schon im Mai 2014 eine Notiz über abweichende Abgaswerte bei einem Test des ICCT erhalten habe. Allerdings könne nicht festgestellt werden, ob er diese auch gelesen habe. Laut VW „erfuhr die Angelegenheit, da sie vielmehr als ein Produktthema unter vielen behandelt wurde, zunächst auf den Führungsebenen bei Volkswagen keine besondere Aufmerksamkeit“.^[51]

In Brüssel trifft sich erstmals der EU-Untersuchungsausschuss zum Abgas-Skandal, welcher unter anderem mögliche Versäumnisse der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten prüfen soll. Am 22. März soll die erste Arbeitssitzung stattfinden, der Abschlussbericht soll spätestens Anfang 2017 vorliegen.^[52]

F
e
b
r
u
a
r
2
0
1
6

VW verschiebt Jahresabschluss. Da VW die durch die Abgas-Affäre entstandenen Kosten noch nicht einschätzen kann, werden die für den 10. März geplante Vorlage des Jahresabschlusses und die auf den 21. April datierte Hauptversammlung verschoben. Darüber hinaus erklärte VW in einem Zwischenbericht, dass auch die Ergebnisziele für 2015 angepasst wurden.^[53]

EU-Mitgliedsstaaten beschließen hohe Werte für neue Schadstofftests. Mit dem Ziel realistischerer Abgastests hatte die EU-Kommission zunächst eine Überschreitung der bisherigen Messwerte um 60 Prozent vorgeschlagen, die Mitgliedsstaaten entschieden nun aber für eine Überschreitung um 110 Prozent, die erst nach zwei Jahren auf 50 Prozent gesenkt werden solle.^[54] Das EU-Parlament hat dem Entwurf Anfang Februar mit 323 zu 317 Stimmen zugestimmt und sich damit gegen das vom Umweltausschuss vorgeschlagene Veto entschieden.^[55]

Ja
n
u
a

Ein mutmaßlicher Kronzeuge sagt aus. Nach Informationen von WDR, NDR und der Süddeutschen Zeitung habe bereits vor einigen Monaten ein mutmaßlicher Kronzeuge zu der Abgasaffäre ausgesagt. Dieser war anscheinend selbst an der Manipulation der Motoren beteiligt. In der Abteilung Motorentechnik soll demnach darüber entschieden worden sein, den Dieselmotor zu manipulieren, da

Die Mitarbeiter keine Möglichkeit der Umsetzung der Forderung eines sauberen und zugleich günstigen Dieselmotors sahen. Jakob Neußer, der spätere VW-Markenvorstand, soll außerdem seit 2011 von der Manipulation gewusst haben. Die damaligen Prüftechniken hätten den Betrug nicht entdecken können und später habe man die Software für neu entwickelte Motoren und Abgassysteme angepasst.^[56]

6

VW-Chef Müller erntet Kritik für Interview. In Interviews in den USA erklärt der VW-Chef, dass der Abgasskandal ein „technisches Versehen“ sei und aus einer falschen Interpretation der amerikanischen Gesetzestexte durch die VW-Verantwortlichen resultiere. Im Bezug auf die US-Umweltbehörde EPA gab Müller an, dass Volkswagen nicht gelogen, sondern die Frage nicht richtig verstanden habe.^[57] Im März 2016 beschwerte sich Müller über eine unfaire Darstellung des Gesprächs durch die Medien.^[58]

Einigung mit dem KBA Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) genehmigt VWs Vorschlag, wonach zur Umrüstung der betroffenen Fahrzeuge lediglich neue Luftgitter und Software-Updates benötigt würden.^[59]

US-Klage gegen VW. Die USA verklagen VW und die Konzerntöchter Audi und Porsche wegen Einsatzes der Manipulations-Software und Verstößen gegen das Klimaschutzgesetz.^[60] Für die mehr als 600.000 betroffenen Fahrzeuge konnten sich VW und die amerikanischen Umweltbehörden noch nicht auf einen Rückrufplan einigen.^[61]

D

e

z

CO2-Werte stimmen doch. Der Konzern verkündet, dass die angezweifelte CO2-Messwerte nach eingehender Prüfung doch mit den ursprünglichen Angaben übereinstimmen würden.^[62]

b

Stellungnahme von VW. VW-Vorstandschef Müller und Aufsichtsratschef Pötsch nehmen zum ersten Mal öffentlich Stellung zum Abgasskandal und geben eine ganze „Fehlerkette“ für den Einsatz der Manipulations-Software zu.^[63]

0

1

5

Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt gegen fünf VW-Mitarbeiter wegen Steuerhinterziehung in mehrfacher Millionenhöhe. Da die Angaben für die betroffenen Fahrzeuge gefälscht waren, wären somit auch deren Kfz-Steuerbescheide nicht korrekt.^[64]

N

o

v

e

m

b

Womöglich auch CO2-Werte manipuliert. Nachdem bisher nur von Stickoxiden (NOx) die Rede war, sind nun bei internen Untersuchungen auch Unregelmäßigkeiten bei den CO2-Werten verschiedener Modelle aufgefallen, womit weitere 800.000 Fahrzeuge betroffen sein könnten.^[65]

e
r
2
0
1
5

Bundestagsabgeordneter spielt Doppelrolle im VW-Skandal. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Harbarth sollte sich in seiner Funktion als Obmann der CDU-Fraktion im Rechts- und Verbraucherschutzausschuss bei der Aufklärung des Skandals für Verbraucherbelange einsetzen. Gleichzeitig ist er jedoch Vorstandsmitglied der Kanzlei SZA Schilling, Zutt & Anschütz, die VW in der aktuellen Affäre rechtlich unterstützt und von der Harbarth jährlich Nebeneinkünfte in der Höhe von über 250.000 Euro bezieht.^[66] Wegen der Gefahr eines Interessenkonfliktes forderte LobbyControl, eines der beiden Ämter niederzulegen.^[67]

VW-Akte verschwindet aus Staatskanzlei in Niedersachsen. Aus der niedersächsischen Staatskanzlei verschwindet eine Akte, die laut Spiegel Aufsichtsratspapiere und „streng vertrauliche“ Notizen zum VW-Skandal enthält. Einige Wochen später wird die Akte im Landtag in Hannover wiedergefunden, in ihr befinden sich Duplikate von Unterlagen mit hausinternen Vermerken.^[68]

Konsequenzen aus der Abgasaffäre. Nachdem das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) Volkswagen zum Rückruf von 2,4 Millionen Dieselfahrzeugen zwingt, weitet VW die Aktion auf ganz Europa und damit 8,5 Millionen Autos aus.^[69] Der ehemalige VW-Chef Winterkorn gibt Ende Oktober auch den Posten des Vorstandsvorsitzenden bei der Familien-Holding an den neuen VW-Aufsichtsratschef Pötsch ab.^[70] In einer gemeinsamen Erklärung ziehen der VW-Betriebsrat und die IG Metall Konsequenzen aus der Affäre und fordern eine Änderung der „Führungs- und Entscheidungsstrukturen“ im Unternehmen. Dadurch sollen den Managern unterhalb der Vorstandsebene mehr Befugnisse zuteil werden.^[71] Zur Vermarktung der einzelnen Marken innerhalb des Konzerns schafft VW den neuen Posten des Chefstrategen, der vom früheren Opel-Chef Thomas Sedran besetzt wird.^[72]

0
kt

Der Grund für die Manipulation. Mehrere VW-Ingenieure gestehen, die Manipulations-Software eingebaut zu haben und erklären, dass es keine andere Möglichkeit gegeben habe, um die Abgaswerte und Kostenvorgaben des Dieselmotors EA 189 einzuhalten.^[73] Bei einer Razzia in Wolfsburg und an anderen Orten durchsuchen Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt Volkswagen-Büros. Mithilfe der sichergestellten Datenträger und Dokumente soll ermittelt werden, welche Mitarbeiter in welcher Form an der Manipulation beteiligt waren.^[74]

1
5

Millionen von Fahrzeugen betroffen. Die Schweiz und Belgien unterbrechen den Verkauf von Autos mit dem fraglichen Dieselmotor, Italien plant eigene Abgastests. In Frankreich werden Ermittlungen wegen schweren Betrugs gegen VW eingeleitet. Die Manipulations-Software soll außerdem in über zwei Millionen Autos von Audi und Skoda installiert sein. Auch aus China sollen rund 2.000 Dieselfahrzeuge zurückgerufen werden.^[75]

Gegen VW werden Ermittlungen eingeleitet. Während die Generalstaatsanwaltschaft New York und das US-Justizministerium Ermittlungen in der Abgasaffäre ankündigen, verliert die Volkswagen-Aktie innerhalb weniger Stunden fast 20 Prozent ihres Wertes.^{[76][77]}

Winterkorn tritt zurück, obwohl er sich „keines Fehlverhaltens“ bewusst sei. Sein Nachfolger wird der Porsche-Chef Matthias Müller.^[78]

VW gibt Fälschung der Abgaswerte zu. Anfang September gibt VW gegenüber EPA zu, die Abgaswerte manipuliert zu haben. Eine öffentliche Stellungnahme bleibt hingegen zunächst aus. Mitte September veröffentlicht EPA ihre Vorwürfe und VW gibt daraufhin die Manipulation der Abgaswerte von Dieselmotoren zu. Etwa 480.000 Autos werden danach in den USA zurückgerufen.^[79] VW-Konzernchef Winterkorn entschuldigt sich zwei Wochen später öffentlich in einer Videobotschaft bei den Kunden für den Vertrauensbruch und verspricht eine umfassende Aufklärung. Dabei werde VW „mit der größtmöglichen Offenheit und Transparenz vorgehen“.^[80] Laut Volkswagen ist die Software weltweit in elf Millionen Autos eingebaut.^[81]

M

ai

CARB bestätigt erhöhte Werte. Im Mai werden bei Tests der kalifornischen Regierungskommission CARB erneut erhöhte Werte gemessen, worüber Volkswagen und die US-Umweltbehörde EPA informiert werden.^[82]

1

5

Studie misst erhöhte Abgaswerte. Laut einer Studie der Universität in West Virginia und des Forschungsinstituts International Council on Clean Transportation (ICCT) sind Emissionswerte einiger VW-Modelle bis zu 40 mal höher als erlaubt. VW nennt technische Probleme als Grund für die Abweichungen und ruft einige Modelle für Software-Updates zurück.^[83]

2

Manager laut Techniker schon über Manipulation informiert. Ein VW-Techniker gibt an, den damaligen Chef der Motorenentwicklung von VW, Jakob Neußer, auf mögliche illegale Praktiken bei Abgasmessungen hingewiesen zu haben. Neußer habe diese Warnung jedoch ignoriert.^[84]

2

0

0

Autozulieferer Bosch beliefert VW mit einer Software, die nicht für den freien Verkauf bestimmt ist. Laut Bosch beginnt VW trotz Warnung mit dem Einbau der Software in Dieselfahrzeuge.^[85]

bi

s

Winterkorn wird VW-Chef. Anfang 2007 wird der bisherige Audi-Vorstandschef Martin Winterkorn

2

0

0

7

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wollte VW den Abgasskandal geheim halten?](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.03.2016, abgerufen am 26.01.2017

2. ↑ [Ein Jahr Dieselprozess: Winterkorn-Komplex abgetrennt](#) zeit.de, 15.09.2022, abgerufen am 16.09.2022
3. ↑ [VW: Entscheidung über Diesel-Klagen kann noch Jahre dauern](#) zeit.de, 02.09.2022, abgerufen am 16.09.2022
4. ↑ [BGH-Urteil im Abgasskandal – VW ist schadens-ersatz-pflichtig](#) diesel-abgasskandal.de, abgerufen am 16.09.2022
5. ↑ [Daimler muss 870 Millionen Euro Diesel-Buße zahlen](#) faz.de, 24.09.2019, abgerufen am 16.09.2022
6. ↑ [Porsche muss 535 Millionen Euro Bußgeld zahlen](#) focus.de, 07.05.2019, abgerufen am 13.09.2022
7. ↑ ^{7,07,1} [Chronik und Urteile zum Diesel Abgasskandal](#) diesel-abgasskandal.de, abgerufen am 16.09.2022
8. ↑ [Volkswagen-Manager bleibt in Amerika in Haft](#) , FAZ vom 16.03.2017, abgerufen am 08.06.2017
9. ↑ [VW bekennt sich im Dieselskandal schuldig](#) , manager-magazin vom 10.03.2017, abgerufen am 08.06.2017
10. ↑ [VW zahlt weitere Milliardenstrafe in den USA](#) , Süddeutsche vom 01.02.2017, abgerufen am 01.02.2017
11. ↑ [Dirty Diesel - die Chronik der Ereignisse im VW-Abgasskandal](#), Manager-Magazin vom 11.01.2017, abgerufen am 26.01.2017
12. ↑ [Früherem Volkswagen-Manager drohen 169 Jahre Haft](#), FAZ vom 12.01.2017, abgerufen am 26.01.2017
13. ↑ [Der ahnungslose Herr Winterkorn](#), ZEIT Online vom 19.01.2017, abgerufen am 26.01.2017
14. ↑ [Gabriel: „Ich hätte das nicht für möglich gehalten“](#), FAZ vom 15.12.2017, abgerufen am 26.01.2017
15. ↑ [Der Abgasskandal](#), ZEIT Online vom 13.01.2017, abgerufen am 26.01.2017
16. ↑ [VW-Kunden in Kanada sollen mit Milliardenbetrag entschädigt werden](#), Süddeutsche Zeitung vom 19.12.2016, abgerufen am 26.01.2017
17. ↑ [Volkswagen will 30.000 Stellen streichen](#), ZEIT Online vom 18.11.2016, abgerufen am 26.01.2017
18. ↑ [Ermittlungen gegen Aufsichtsratschef Pötsch](#), Tagesschau.de vom 06.11.2016, abgerufen am 26.01.2017
19. ↑ [Dirty Diesel - die Chronik der Ereignisse im VW-Abgasskandal](#), Manager-Magazin vom 11.01.2017, abgerufen am 26.01.2017
20. ↑ [Spitzenbeamter von Minister Hermann: Amtschef als Zeuge zur Abgasaffäre geladen](#), Stuttgarter Zeitung, 13. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 26.01.2017
21. ↑ [Dirty Diesel - die Chronik der Ereignisse im VW-Abgasskandal](#), Managermagazin vom 11.01.2017, abgerufen am 01.02.2017
22. ↑ [VW-Skandal: Dobrindt sieht keine Mitschuld der Bundesregierung](#), EurActiv vom 20.10.2016, abgerufen am 26.01.2017
23. ↑ [Umrüstung im Schneckentempo](#) Handelsblatt vom 19.10.2016, abgerufen am 26.01.2017
24. ↑ [Winterkorn soll Abgasmanipulation gedeckt haben](#), ZEIT Online vom 25.09.2016, abgerufen am 26.01.2017
25. ↑ [Abgas-Affäre: Regierung wusste seit Jahren von Manipulationen](#), Süddeutsche Zeitung, 26. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ [Abgasbetrug: Wie das Wirtschaftsministerium dem VW-Konzern zur Seite springen wollte](#), fragdenstaat.de, 24. August 2016, zuletzt aufgerufen am 26.01.2017
27. ↑ [Abgasaffäre: Regierungsbericht soll heikle Details zu Renault unterschlagen haben](#), Der Spiegel, 23. August 2016, zuletzt aufgerufen am 30.8.2016
28. ↑ [Dieselaffäre: Südkorea stoppt Verkauf von fast allen Volkswagen-Modellen](#), Der Spiegel, 2. August 2016, zuletzt aufgerufen am 2.8.2016

29. ↑ [Konsequenzen aus Abgasaffäre: Bayern verklagt VW auf Schadenersatz](#), tagesschau.de, 2. August 2016, zuletzt aufgerufen am 3.8.2016
30. ↑ [VW-Abgasskandal: Hessen verliert knapp vier Millionen Euro](#), Der Spiegel, 2. August 2016, zuletzt aufgerufen am 3.8.2016
31. ↑ [Milliardenvergleich im VW-Skandal: Vergleichsweise gut für alle, sagt VW](#), die tageszeitung, 27. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 27.7.2016
32. ↑ [Diesel-Abgasskandal: Untersuchungsausschuss nimmt Regierung ins Visier](#), Der Spiegel vom 07.07.2016, abgerufen am 07.07.2016
33. ↑ [European commission warned of car emissions test cheating, five years before VW scandal](#), The Guardian vom 20.06.2016, abgerufen am 20.06.2016
34. ↑ [Verdacht auf Marktmanipulation: BaFin zeigt kompletten VW-Vorstand an](#), Spiegel vom 21.06.2016, abgerufen am 21.06.2016
35. ↑ [Einigung im Abgasskandal VW soll in den USA 14,7 Milliarden Dollar zahlen](#), tagesschau.de, 28. Juni 2016, zuletzt aufgerufen am 30.6.2016
36. ↑ [Dieselgate: Auch in Europa kommen noch Forderungen auf VW zu](#), Die Welt, 26. Juni 2016, zuletzt aufgerufen am 30.6.2016
37. ↑ [Linke vermuten Absprachen zwischen Dobrindt und Autoindustrie](#), Zeit vom 23.04.2016, abgerufen am 13.05.2016
38. ↑ [Richter verkündet Einigung zwischen VW und US-Behörden](#), Spiegel vom 21.04.2016, abgerufen am 22.04.2016
39. ↑ [Schwarzbuch von Greenpeace: Bruderküsse in der Autoindustrie](#), Der Spiegel vom 19.04.2016, abgerufen am 19.04.2016
40. ↑ [Trotz Abgasskandal: VW-Vorstände bestehen auf hohe Bonuszahlungen](#), Spiegel vom 07.04.2016, abgerufen am 07.04.2016
41. ↑ [VW beantragt Fristverlängerung im Abgasskandal](#), Zeit online vom 24.03.2016, abgerufen am 24.03.2016
42. ↑ [Abgas-Skandal: Umwelthilfe verklagt Kraftfahrt-Bundesamt](#), Heise online am 25.01.2016, abgerufen am 23.03.2016
43. ↑ [VW-Abgasskandal: Umwelthilfe greift Dobrindt frontal an](#), Produktion.de am 22.03.2016, abgerufen am 22.03.2016
44. ↑ [Gefürchteter US-Anwalt greift VW an](#), Süddeutsche Zeitung vom 16.03.2016, abgerufen am 16.03.2016
45. ↑ [Rücktritt von VW-Amerika-Chef: Ein abrupter Abgang](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.03.2016, abgerufen am 10.03.2016
46. ↑ [USA weiten Ermittlungen gegen VW aus](#), Zeit online vom 09.03.2016, abgerufen am 09.03.2016
47. ↑ [Staatsanwaltschaft weitert Ermittlungen aus](#), Tagesschau vom 08.03.2016, abgerufen am 09.03.2016
48. ↑ [Wollte VW den Abgasskandal geheim halten?](#), Frankfurter Allgemeine vom 07.03.2016, abgerufen am 09.03.2016
49. ↑ [VW-Vorstand verschwieg Manipulation](#), Tagesschau vom 06.03.2016, abgerufen am 07.03.2016
50. ↑ [Konzernvorstand verheimlichte Abgasaffäre](#), Die Zeit vom 07.03.2016, abgerufen am 07.03.2016
51. ↑ [Pressemitteilung von VW vom 02.03.2016](#), abgerufen am 07.03.2016
52. ↑ [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 02.03.2016](#), abgerufen am 07.03.2016
53. ↑ [VW-Zwischenbericht 2015](#), abgerufen am 07.03.2016
54. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 28.10.2015](#), abgerufen am 07.03.2016
55. ↑ [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 03.02.2016](#), abgerufen am 07.03.2016
56. ↑ [VW: Ein Kronzeuge packt aus](#), Süddeutsche Zeitung vom 22.01.2016, abgerufen am 07.03.2016
57. ↑ [Interview im Original](#), NPR am 11.01.2016, abgerufen am 07.03.2016

58. ↑ [Nach PR-Fiasko in den USA: VW-Chef Müller beschwert sich wegen „unfairer“ Medien](#), Meedia am 02.03.2016, abgerufen am 07.03.2016
59. ↑ [Pressemitteilung des KBA vom 27.01.2016](#), abgerufen am 07.03.2016
60. ↑ [United States Files Complaint Against Volkswagen, Audi and Porsche for Alleged Clean Air Act Violations](#), US-Justizministerium am 04.01.2016, abgerufen am 07.03.2016
61. ↑ [Air Resources Board rejects VW 2-liter diesel recall plan and issues Notice of Violation](#), California Air Resources Board am 12.01.2016, abgerufen am 07.03.2016
62. ↑ [VW-Abgasskandal CO2-Werte stimmen doch größtenteils](#), Tagesschau vom 09.12.2015, abgerufen am 07.03.2016
63. ↑ [Die VW-Pressekonferenz vom 10.12.2015 in voller Länge](#), NDR, abgerufen am 07.03.2016
64. ↑ [Verfahren gegen VW: Ermittlung wegen Steuerhinterziehung](#), Tagesschau vom 24.11.2015, abgerufen am 07.03.2016
65. ↑ [Abgas-Affäre bei Volkswagen: "Nicht erklärbare" CO2-Werte](#), Tagesschau vom 03.11.2015, abgerufen am 07.03.2016
66. ↑ [Dieselgate-Aufarbeitung: VW holt weitere Kanzleien dazu](#), Juve am 13.10.2015, abgerufen am 07.03.2016
67. ↑ [VW-Affäre: Fragwürdiger Interessenkonflikt im Bundestag](#), LobbyControl am 19.10.2015, abgerufen am 07.03.2016
68. ↑ [Abgasskandal: Verschwundene VW-Regierungsakte wieder aufgetaucht](#), Der Spiegel vom 31.10.2015, abgerufen am 07.03.2016
69. ↑ [Kraftfahrt-Bundesamt \(KBA\) am 16.10.2015](#), abgerufen am 07.03.2016
70. ↑ [Pressemitteilung von VW vom 07.10.2015](#), abgerufen am 07.03.2016
71. ↑ [Gemeinsame Erklärung der IG Metall und des Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG vom 20.10.2015](#), abgerufen am 07.03.2016
72. ↑ [Ex-Opel-Chef wird neuer VW-Chefstrategie](#), FAZ vom 26.10.2016, abgerufen am 07.03.2016
73. ↑ [VW-Ingenieure manipulierten aus Angst vor Winterkorn](#), Süddeutsche vom 08.11.2015, abgerufen am 07.03.2016
74. ↑ [Durchsuchung bei Volkswagen](#), Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 08.10.2015, abgerufen am 07.03.2016
75. ↑ [Die VW-Abgasaffäre: Eine Chronologie](#), NDR, abgerufen am 07.03.2016
76. ↑ [Pressemitteilung der US-Umweltbehörde EPA vom 18.09.2015](#), abgerufen am 07.03.2016
77. ↑ [Ex-VW-Chef war früh über Abgasskandal informiert](#), n-tv am 02.03.2016, abgerufen am 07.03.2016
78. ↑ [Winterkorns Rücktrittserklärung im Wortlaut](#), Der Spiegel vom 23.09.2015, abgerufen am 07.03.2016
79. ↑ [Pressemitteilung der US-Umweltbehörde EPA vom 18.09.2015](#), abgerufen am 04.03.2016
80. ↑ [Winterkorns Entschuldigung im Wortlaut](#), n-tv am 22.09.2015, abgerufen am 04.03.2016
81. ↑ [Abgasskandal](#), NDR am 28.09.2015, abgerufen am 07.03.2016
82. ↑ [Brief von CARB an VW vom 18.09.2015](#), abgerufen am 04.03.2016
83. ↑ [In-use emissions testing of light-duty diesel vehicles in the U.S.](#), ICCT am 30.05.2014, abgerufen am 04.03.2016
84. ↑ [Abgasaffäre: Techniker belastet VW-Top-Manager schwer](#), Der Spiegel vom 29.09.2015, abgerufen am 04.03.2016
85. ↑ [Bosch warnte VW vor illegalem Einsatz seiner Software](#), Automobil Produktion am 28.09.2015, abgerufen am 04.03.16
86. ↑ [Winterkorn wird Volkswagen-Chef](#), FAZ vom 17.11.2006, abgerufen am 04.03.2016

Volkswagen AG

Die **Volkswagen AG (VW)** ist einer der führenden Automobilhersteller weltweit und der größte Automobilproduzent Europas.^[1] Im Jahr 2016 hatte der Konzern einen weltweiten Umsatz von 217 Mrd. Euro und beschäftigte insgesamt 626.000 Mitarbeiter.^[2] Volkswagen gilt als eines der politisch am besten vernetzten Unternehmen Deutschlands. Der Zugang zu Entscheidungsträgern in Regierung und Parlament wird begünstigt durch die Minderheitsbeteiligung des Landes Niedersachsen an VW.

Volkswagen geriet 2015 durch den [VW-Abgasskandal](#) in die Schlagzeilen, in dessen Zuge herauskam, dass das Unternehmen Abgaswerte verschiedener Fahrzeugmodelle jahrelang bewusst gefälscht hatte.

| Volkswagen AG | |
|------------------------------|--|
| Branche | Automobile, Finanz- und Logistikdienstleistungen |
| Hauptsitz | Wolfsburg |
| Lobbybüro Deutschland | Unter den Linden 21, Berlin |
| Lobbybüro EU | Rue Archimede 25, 1000 Brüssel |
| Webadresse | volkswagenag.com |

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1 Lobbystrategien und Einfluss | 16 |
| 1.1 Lobbyisten | 16 |
| 1.2 Seitenwechsler | 16 |
| 1.3 Mitarbeiter des Auswärtigen Amts als hochrangiger Lobbyist | 17 |
| 1.4 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel | 17 |
| 1.5 Mitgliedschaften | 18 |
| 1.6 Parteispenden und Parteisponsoring | 18 |
| 2 Fallbeispiele und Kritik | 19 |
| 2.1 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung | 19 |
| 2.2 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor | 20 |
| 2.3 VW-Abgasskandal | 20 |
| 2.4 Fragwürdige Nebeneinkünfte | 21 |
| 2.5 Verschönerung des PKW-Effizienzlabels | 21 |
| 2.6 Verwicklung in Militärdiktatur Brasiliens | 21 |
| 2.7 Porschegate | 22 |
| 3 Organisationsstruktur und Personal | 23 |
| 3.1 Aktionärsstruktur der Volkswagen AG | 23 |
| 3.2 Vorstand der Volkswagen AG | 23 |
| 3.3 Aufsichtsrat der Volkswagen AG | 23 |
| 4 Marken | 23 |
| 5 Weiterführende Informationen | 23 |
| 6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 23 |
| 7 Einzelnachweise | 24 |

Lobbystrategien und Einfluss

Volkswagen setzt bei der Lobbyarbeit besonders auf enge Kontakte zur Politik. Seit dem Jahr 2014 trafen sich beispielsweise Spitzenvertreter aus der Bundesregierung sechs Mal mit dem im September 2015 zurückgetretenen VW-Chef Martin Winterkorn. Das zeigen zwei Antworten der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der Linksfraktion.^{[3][4]} Auch der VW-Cheflobbyist [Thomas Steg](#) und der Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz, [Michael Jansen](#), haben als ehemalige [Seitenwechsler](#) enge Kontakte zur Politik.

Die Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat von VW sollen als Repräsentanten des Landes die Allgemeininteressen vertreten und als Organmitglieder von VW die Interessen eines Großunternehmens. Dies kann zu Interessenkonflikten führen, insbesondere bei Fragen des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes.^[5]

Über eine intensive Lobbyarbeit ist es der deutschen Autoindustrie gelungen, ihre kurzfristigen Gewinninteressen auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt zum Maßstab staatlichen Handelns zu machen (Verhinderung von effektiven Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstosses, steuerliche Privilegierung von Diesel). Weiterhin haben Hersteller versucht, über die Manipulation von Abgaswerten und falsche Verbrauchsangaben die gesundheits- und umweltpolitischen Probleme ihres Industriezweigs zu bagatellisieren.

Lobbyisten

- [Thomas Steg](#) (SPD), Generalbevollmächtigter für Außen- und Regierungsbeziehungen, ehem. Regierungssprecher^[6] (von 01/2018 - 06/2018 beurlaubt^[7])
- [Michael Jansen](#) (CDU), Leiter der Hauptstadtrepräsentanz, ehem. Büroleiter von Angela Merkel
- Christof-Sebastian Klitz, Cheflobbyist in Brüssel („Head of Office Group EU Representation“), Vorsitzender des Landesverband Brüssel im [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Seitenwechsler

- [Thomas Steg](#) (SPD): Vom Regierungssprecher zum Medienkoordinator von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, dann Politikberater, seit 2012 VW-Cheflobbyist
- [Michael Jansen](#) (CDU): Vom Büroleiter bei Angela Merkel zum Lobbyisten bei der Deutschen Post DHL Group, seit 2015 Leiter der Hauptstadtrepräsentanz bei VW
- Reinhold Kopp (SPD): Vom saarländischen Wirtschaftsminister zum VW-Lobbyisten (1998-2007), danach Wirtschaftsanwalt

Quelle: ^[8]

Mitarbeiter des Auswärtigen Amts als hochrangiger Lobbyist

Jens Hanefeld, seit 2014 bei VW als Lobbyist tätig (zuletzt „Head of International and European Policy /Diplomatic Advisor to the CEO and Board of Volkswagen AG“), ist zugleich Beamter des Auswärtigen Amtes, dem für diese Tätigkeit Sonderurlaub genehmigt worden ist.^[9] Hanefeld war von 2009 bis 2014 Gesandter und Ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Washington.^[10] Das Auswärtige Amt begründete den Sonderurlaub mit der Steigerung der Kompetenzen im Außenwirtschaftsbereich, der

Außenwirtschaftsförderung sowie zum gegenseitigen Verständnis von Wirtschaft und Auswärtigem Amt.^[11] Recherchen von [abgeordnetenwatch](#) und dem ARD-Politikmagazin Panorama von 2018 zeigen, wie eng sich das Auswärtige Amt und Volkswagen in der Abgasaffäre unter Mitwirkung von Hanefeld abstimmten.^[12]

Laut Auswärtigem Amt unterliegt der aushäusige Einsatz von Beamtinnen und Beamten den Vorschriften des Beamtenrechts und dient dem Kompetenzaufbau und Wissenstransfer zwischen der Bundesverwaltung, der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft.^[13] Dabei bestünden zwei rechtlich zulässige Varianten: Zum einen die Zuweisung nach § 29 Bundesbeamtenengesetz, bei der die Dienstbezüge vollständig weitergezahlt werden und zum anderen die zeitlich begrenzte Beurlaubung aus „wichtigem Grund“ nach § 22 Abs. 1 der Sonderurlaubsverordnung, bei der die Dienstbezüge nicht weitergezahlt werden. Beamte dürften dabei keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen. Aktuell sei ein Beamter des Auswärtigen Amtes bei der Volkswagen AG auf Basis einer Beurlaubung tätig.

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament.^[14] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit [Daimler](#) und [BMW](#) für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO₂-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award.^[15]

Lobbyausgaben, Lobbyist*innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

| Unternehmen /Verband | Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro | Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen | Zahl der Lobbyist*innen (Vollzeitäquivalent) | Zahl der Treffen mit der EU-Kommission |
|--|--|--|--|--|
| Volkswagen AG | 3,13 | 4 | 19,25 | 81 |
| Daimler | 2,13 | 5 | 8,5 | 44 |
| BMW | 1,38 | 0 | 4,5 | 63 |
| Verband der Automobilindustrie (VDA) | 1,63 | 0 | 13 | 50 |
| Summe | 8,27 | 9 | 45,25 | 238 |

Quelle: ^{[16][17][18][19]} (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Daimler (2020), BMW (2020), VDA (2019).

(2) Lobbyist*innen: Im [EU Transparenz-Register](#) wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist*innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der

*akkreditierten Lobbyist*innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist*innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist*innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist*innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.*

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#).

Mitgliedschaften

Volkswagen ist u. a. Mitglied der folgenden Verbände und Denkfabriken:

- [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA)
- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [BusinessEurope](#), Corporate Advisory and Support Group
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [European Road Transport Research Advisory Council](#) (ERTRAC)

Quelle: EU-[Transparenz-Register](#)^[20] und Webseiten der genannten Organisationen

Parteispenden und Parteisponsoring

Ebenso wie die Autohersteller Daimler und BMW bedenkt VW seit vielen Jahren mehrere Parteien mit finanziellen Zuwendungen. Ähnlich wie BMW hat auch Volkswagen dabei inzwischen von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) umgestellt. Dies bringt dem Konzern zum einen steuerliche Vorteile, zum zweiten führt es dazu, dass der Konzernname nicht mehr in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht wird, da Parteisponsoring keiner gesetzlichen Offenlegungspflicht unterliegt.

Von 2002 bis 2008 spendete Volkswagen insgesamt 287.425,21 Euro an Parteien:

| | CDU | CSU | SPD | FDP | Grüne | Summe |
|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| 2002 | 10.400 | 0 | 10.400 | 10.400 | 10.313 | 41.513 |
| 2003 | 10.400 | 0 | 10.400 | 10.400 | 0 | 31.200 |
| 2004 | 10.400 | 0 | 10.400 | 10.400 | 0 | 31.200 |
| 2005 | 10.400 | 0 | 10.400 | 10.400 | 0 | 31.200 |
| 2006 | 10.400 | 0 | 10.400 | 10.400 | 0 | 31.200 |
| 2007 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 2008 | 31.049,0 2 | 31.049,0 1 | 31.049,0 2 | 13.982,5 8 | 13.982,5 8 | 121.112,2 1 |
| 2009 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 2010 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 83.049,0 2 | 31.049,0 1 | 83.049,0 2 | 65.982,5 8 | 24.295,5 8 | 287.425,2 1 |

In den Jahren 2014-2017 zahlte Volkswagen insgesamt 656.260 Euro Sponsorengeld an Parteien ^{[21][22][23]} - das sind im Jahresschnitt doppelt so viel wie früher an Spendengeld floss:

| CDU /CSU | FDP | SPD | Grüne | Gesamt |
|-------------|---------|--------|--------|---------|
| 288.300 | 250.960 | 63.000 | 54.000 | 656.260 |

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, [BMW](#), [Volkswagen](#) und [Daimler](#) sowie den Industrieverbänden, [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) und [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. ^[24] So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, [Oliver Zipse](#), bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. ^[25] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit

„nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. ^[26] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. ^{[27][28]}

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

VW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselaabgasen zu beweisen. ^[29]

VW-Abgasskandal

Im Zuge des [VW-Abgasskandals](#) kam heraus, dass VW die Fälschung von Abgaswerten der Öffentlichkeit jahrelang bewusst verschwiegen hatte.

Bereits im Mai 2014 wurde VW von der Non-Profit-Organisation [International Council on Clean Transportation \(ICCT\)](#) über auffällig erhöhte Testwerte informiert. Nachdem VW die zu hohen Abgaswerte bekannt waren, wurden interne Untersuchungen durchgeführt. Im Juli 2015 waren die erhöhten Dieselaabgaswerte Bestandteil einer Besprechung. ^[30] Doch erst Anfang September 2015 gab VW gegenüber der US-Umweltbehörde EPA zu, die Abgaswerte des Dieselmotors EA 189 manipuliert zu haben. Nachdem EPA ihre Manipulationsvorwürfe veröffentlichte, ^[31] räumte VW die Fälschung der Werte öffentlich ein und der damalige Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn erklärte seinen Rücktritt. Die Staatsanwaltschaft New York und das US-Justizzentrum verklagen VW und die Konzerntöchter Audi und Porsche wegen Einsatzes der Manipulations-Software und Verstößen gegen das Klimaschutzgesetz. ^[32]

Bundesverkehrsminister [Alexander Dobrindt](#) forderte erst nach der Bekanntgabe über die Manipulation eine umfassende Aufklärung von VW und die Einrichtung einer Untersuchungskommission. Wie aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage [Der Grünen](#) hervorgeht, war er seit spätestens Juli 2015 über eine entsprechende Software informiert. ^[33]

Die Abweichung zwischen realen Emissionen auf der Straße und den Messwerten sind schon lange bekannt: Die Präsidentin des Umweltbundesamts Krautzberger: "Das Umweltbundesamt weist schon seit Ende der 1990er Jahre darauf hin, dass auch in Deutschland die realen Schadstoffemissionen höher sind als die Typprüfwerte, die auf dem Rollenprüfstand ermittelt wurden." ^[34]

Als Reaktion auf den Abgasskandal schlug die EU-Kommission vor, nach ihrer Ansicht realistischere Vorgaben für Abgastests zu schaffen. Damit sich die Autobauer schrittweise an die neuen Vorgaben anpassen können, soll ab September 2017 eine Überschreitung der Grenzwerte um 110 Prozent erlaubt sein. Nach zwei Jahren soll diese auf 50 Prozent gesenkt werden. ^[35] Umweltschützer kritisierten, dass die Grenze

zu hoch angesetzt sei und die Fälschung der Abgaswerte unterstützen würde. Die Grünen-Europaabgeordnete Rebecca Harms warnte davor, den Betrug der Autohersteller nachträglich zu legalisieren. ^[36] Auch der Umweltausschuss des Parlaments sprach sich für ein Veto gegen die Verordnung aus, doch am 3. Februar 2016 lehnte das Parlament das Veto ab und gab damit den Weg für das zweite RDE-Paket (Real Driving Emissions) frei. ^[37]

Am 4. April 2017 ist der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments für die Emissionsmessung im Automobilsektor verabschiedet worden. ^[38] Die EU-Abgeordneten kamen zu dem Schluss, dass die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten es versäumt haben, die Luftqualität und öffentliche Gesundheit angemessen zu schützen. Der Ko-Berichtersteller Gerbrandy erklärte, dass die Mitgliedsstaaten mehr auf die Interessen der nationalen Autoindustrie als auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Luftqualität bedacht gewesen seien.

Fragwürdige Nebeneinkünfte

2015: Stephan Harbarth (CDU, Obmann im Rechts- und Verbraucherschutzausschuss, Bundestag) ist Vorstandsmitglied bei der Kanzlei SZA Schilling, Zutt & Anschütz, die VW in der Affäre um die Abgasmanipulation rechtlich unterstützt. Harbarth bezieht von der Kanzlei jährliche **Nebeneinkünfte** der Stufe 10 (über 250.000€). ^[39]

Verschönerung des PKW-Effizienzlabels

Der **Verband der Automobilindustrie** schrieb 2012 das PKW-Effizienzlabel auf irreführende Weise zugunsten von VW und weiteren deutschen Autobauern. Einige kraftstoffintensive Fahrzeuge werden durch die Darstellung vergleichsweise gut bewertet. Laut Zeit Online verwendete VW im Internet ein gefälschtes Label. VW ergänzte das Label mit einer weiteren Kategorie, um Fahrzeuge mit hohem CO²-Ausstoß ins Mittelfeld zu bewegen. VW warf den Vorwurf der Verbrauchtäuschung zurück und verwies auf einen "Fehler im Computersystem". ^{[40][41]}

Verwicklung in Militärdiktatur Brasiliens

Wegen der Verbindungen von der Tochtergesellschaft VW do Brasil zur Militärdiktatur zwischen 1964 und 1985 in Brasilien wurde von der brasilianischen Regierung im Jahr 2012 zur Aufklärung eine unabhängige Kommission eingerichtet. Die Zusammenarbeit von Unternehmen und der Militärdiktatur von 1964-1985 wird laut der Wahrheitskommission durch eine schwarze Liste bewiesen. Diese soll dazu verwendet worden sein, Informationen über gewerkschaftlich und politisch aktive Arbeiter zu dokumentieren. Informationen und Berichte über Angestellte wurden an das Regime weitergegeben und vermeintlich oppositionelle Mitarbeiter wurden entlassen. Ebenso wird vermutet, dass Listen im Umlauf waren um eine Neuanstellung von entlassenen Mitarbeitern anderswo verhindern zu können.

Die gemeinsame Arbeit zwischen Firmen soll schon in der Vorbereitung des Putsches 1964 begonnen haben. So wird im Abschlussbericht der Wahrheitskommission Volkswagen do Brasil vorgeworfen, schwarze Listen an das Regime gereicht zu haben. Zudem wurde Spionage betrieben, finanzielle Unterstützung geleistet und es sind Mitarbeiter auf dem Betriebsgelände in São Bernardo do Campo gefoltert worden, so die Vorwürfe. Hierzu sagte der ehemalige Mitarbeiter Lucio Bellentani vor der Kommission aus. Laut des Abschlussberichtes waren auch Siemens und Mercedes Benz mit der Militärdiktatur verbunden.

In Reaktion auf die Vorwürfe der brasilianischen Wahrheitskommission beauftragte Volkswagen 2016 den Historiker Christopher Kopper mit der Aufarbeitung. Am 14. Dezember 2017 wurde Gutachten wurde veröffentlicht^[42] und kann auf der Website von Volkswagen auf [deutscher](#), [englischer](#) und [portugiesischer](#) Sprache abgerufen werden. Die Studie konnte viele der Vorwürfe gegen VW bestätigen. Kopper stellt fest, dass das Management von VW do Brasil sich der Militärregierung gegenüber "uneingeschränkt loyal" verhielt. Von 1969 bis 1979 habe der VW Werkschutz unter Mitwissen des Vorstands mit der politischen Polizei des Regimes zusammengearbeitet. Bis 1980 seien Mitarbeiter wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden. Der Austausch schwarzer Listen sei dokumentarisch nachweisbar. Außerdem bediente sich VW do Brasil ausbeuterischer Arbeitsvermittler und verletzte dadurch mittelbar "elementare soziale Standards, statt die Arbeitskräfte unter akzeptablen Bedingungen selbst einzustellen".^[43]

Quellen: ^[44]^[45]^[46]^[47]^[48]^[49]

Porschegate

Im Rahmen der Ampel-Koalitionsverhandlungen Ende 2021 soll Oliver Blume, Chef der VW-Tochtergesellschaft Porsche, einen besonders privilegierten Zugang zum späteren Bundesfinanzminister Christian Lindner gehabt haben. Blume hatte laut Medienberichten auf einer Betriebsversammlung am 29. Juni vor Mitarbeitern verkündet, dass das Unternehmen „Haupttreiber“ für das Bekenntnis der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zu E-Fuels gewesen sei. Es solle „engen Kontakt“ gegeben haben, ferner beschrieb Blume: "Der Christian Lindner hat mich in den letzten Tagen fast stündlich auf dem Laufenden gehalten."^[50] Nachdem insbesondere auf Twitter Protest ausgebrochen war, revidierte Blume: er habe „falsche Worte gewählt“.^[51]

Auch Lindner wehrte sich gegen die Vorwürfe und erklärte, dass es nur ein einziges Telefonat gegeben hätte. LobbyControl zufolge sei es „hochproblematisch“, wenn es bei Koalitionsverhandlungen "Sonderzugänge für große finanzstarke Konzerne" gäbe.^[52] Auch 2022 setzt sich Lindner, gegen Widerstand in der eigenen Koalition, für die Interessen der E-Fuels Befürworter auf EU-Ebene ein^[53]. Acht SMS und zwei Telefonate zwischen Lindner und Blume gab es seit Lindners Amtsantritt, sagte das Ministerium dem Bundestag.^[54] Trotz Anfragen verschiedener NGOs, auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes, will das Ministerium den Inhalt der SMS nicht veröffentlichen. Dabei beruft es sich auf die mehr als 20 Jahre alte Registraturrichtlinie^[55]. Im Fall Lindner bedeutet das, dass die SMS nur veröffentlicht werden müsse, sofern sie „für die inhaltliche Bearbeitung eines Verwaltungsvorgangs relevant“ gewesen sei. Netzpolitik.org kritisiert, dass diese Begründung dem Geist des Informationsfreiheitsgesetzes widerspreche.^[56] Zur Vereinfachung der Aufklärung, welche Informationen zwischen Ministern und Dritten tatsächlich ausgetauscht werden, fordert LobbyControl „dass Lobbykontakte von Regierungsmitgliedern offengelegt werden, [damit] die Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen [...] transparenter und ausgewogener werde.“^[57]

Organisationsstruktur und Personal

Aktionärsstruktur der Volkswagen AG

Über den Mehrheitsgesellschafter Porsche Automobil Holding SE, in der die Familien Porsche und Piech ihre Interessen bündeln, beherrschen diese die Volkswagen AG.^[58] Bezogen auf das Stimmrecht halten die Porsche Automobil Holding SE 52,2 %, das Land Niedersachsen 20,0 %, die Qatar Holding LLC 17,0 % und weitere Aktionäre 10,8 % an der Volkswagen AG (Stand: 31. 12. 2015).^[59]

Vorstand der Volkswagen AG

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar.

Vorstandsvorsitzender ist seit 2022 Oliver Blume

Aufsichtsrat der Volkswagen AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Hans Dieter Pötsch^[60]

Marken

Zum VW-Konzern gehören die folgenden Marken: Volkswagen Pkw, Audi, SEAT, BENTLEY, BUGATTI, Lamborghini, Ducati, Volkswagen Nutzfahrzeuge, SCANIA, SKODA, PORSCHE und MAN.

Weiterführende Informationen

- [Chronik des VW-Abgasskandals](#)
- [Scharzbuch Autolobby 2 von Greenpeace, 15.04.2016](#)
- [Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments: Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie 4. April 2017](#)
- [VW-Affäre: Fragwürdiger Interessenkonflikt im Bundestag](#)
- [VW-Skandal: Bundesregierung muss auf Abstand zur Autolobby gehen](#)
- [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#)
- [Eintrag der Volkswagen AG im EU-Lobbyregister](#)
- [Seitenwechsel](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Konzern](#), volkswagenag.com, abgerufen am 29.07.2017
2. ↑ [Volkswagen Konzern zurück in der Gewinnzone: Umsatz und Operatives Ergebnis im Jahr 2016 so hoch wie nie zuvor](#) volkswagenag.com vom 24.02.2017, letzter Zugriff am 09.02.2018
3. ↑ [Kleine Anfrage der Linksfraktion, Drucksache 18/5571](#), bundestag.de, abgerufen am 29.09.2015
4. ↑ [Kleine Anfrage der Linksfraktion, Drucksache 18/5990](#), bundestag.de, abgerufen am 29.09.2015
5. ↑ [Volkswagen Auch Schwarz-Gelb soll sich mit VW abgestimmt haben](#), sueddeutsche.de vom 10.08.2017, abgerufen am 10.08.2017
6. ↑ [Pressemitteilung 12.01.2016](#), volkswagenag.com, abgerufen am 29.07.2017
7. ↑ [Cheflobbyist Steg kehrt zu VW zurück](#), spiegel.de vom 06.06.2018, abgerufen am 07.06.2018
8. ↑ [Schwarzbuch Autolobby](#), 2016, greenpeace.de, abgerufen am 28.07.2017
9. ↑ [Berufserfahrung](#), linkedin.com, abgerufen am 18.08.2022
10. ↑ [VW warb Lobbyist beim Außenministerium ab](#), abgeordnetenwatch.de vom 31.05.2018, abgerufen am 18.08.2022
11. ↑ [Leitender VW-Lobbyist ist beurlaubter Beamter des Auswärtigen Amtes](#) focus.de vom 31.05.2018, abgerufen am 18.08.2022
12. ↑ [abgeordnetenwatch bei twitter](#), twitter.com vom 26.02.2022, abgerufen am 18.08.2022
13. ↑ Antwort des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage von LobbyPedia vom August 2022
14. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
15. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
16. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
17. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
18. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
19. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
20. ↑ [Transparenz-Register](#), europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 29.07.2017
21. ↑ [VW-Parteisponsoring 2014 und 2015](#), abgerufen am 7.6.2018
22. ↑ [VW-Parteisponsoring 2016](#), abgerufen am 7.6.2018
23. ↑ [VW-Parteisponsoring 2017](#), abgerufen am 7.6.2018
24. ↑ German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.
25. ↑ ebd., S. 4
26. ↑ ebd., S. 13
27. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
28. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
29. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
30. ↑ [Volkswagen Pressemitteilung](#) vom 02.03.2016, abgerufen am 04.03.2016
31. ↑ [Notice of Violation](#), US-Umweltbehörde EPA am 18.09.2015, abgerufen am 04.03.2016
32. ↑ [US-Klage gegen Volkswagen, Audi und Porsche](#), US Justizministerium am 04.01.2016, abgerufen am 04.03.2016

33. ↑ [Die Bundesregierung kannte die Betrüger-Technik](#), Die Welt vom 22.09.2015, abgerufen am 01.10.2015
34. ↑ [UBA-Präsidentin Krautzberger zu den Abgasmanipulationen bei VW](#), Umweltbundesamt am 26.09.2015, abgerufen am 01.10.2015
35. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) vom 28.10.2015, abgerufen am 04.03.2016
36. ↑ [Pressemitteilung der Europagruppe Grüne](#) vom 03.02.2016, abgerufen am 04.03.2016
37. ↑ [Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union](#) vom 12.02.2016, abgerufen am 04.03.2016
38. ↑ [Abgasskandal: Mehr Kontrolle auf europäischer Ebene](#), europarl.europa, abgerufen am 18.08.2022
39. ↑ [Mandat vs. Mandant](#), Süddeutsche Zeitung vom 19.10.2015, abgerufen am 20.10.2015
40. ↑ [VW-Skandal: Bundesregierung muss auf Abstand zur Autolobby gehen](#), lobbycontrol.de vom 25.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
41. ↑ [Volkswagen wegen falschem Energie-Label abgemahnt](#), zeit.de vom 07.12.2011, abgerufen am 15.10.2015
42. ↑ [Volkswagen arbeitet seine Vergangenheit in Brasilien auf](#) volkswagenag.com vom 14.12.2017, letzter Zugriff am 09.02.2017
43. ↑ [VW do Brasil in der brasilianischen Militärdiktatur 1964 - 1985](#) Historische Studie von Christopher Kopper
44. ↑ [Volkswagen und die Junta](#) Tagesschau.de von Julio Segador vom 19.03.2015, Zugriff 24.03.2017
45. ↑ [Documents suggest foreign automakers aided Brazil's dictators](#) Reuters.com vom 5.8.2014, Zugriff 24.03.2017
46. ↑ [\[1\]](#) blogs.taz.de vom 14.12.2014, Zugriff 24.03.2017
47. ↑ [Volkswagen gibt Gutachten zur Aufarbeitung der Rolle des Konzerns während der brasilianischen Militärdiktatur in Auftrag](#) Pressemitteilung Volkswagen vom 3.11.2016, Zugriff 24.03.2017
48. ↑ [Volkswagen gibt Gutachten zur Aufarbeitung der Rolle des Konzerns während der brasilianischen Militärdiktatur in Auftrag](#) Nachrichten Volkswagen AG vom 3.11.2016, Zugriff 24.03.2017
49. ↑ [Aus dem Werk ins Folterzentrum](#) taz.de vom 3.3.2015, Zugriff 24.3.2017
50. ↑ [Auto Fokus](#) zeit.de, 27.06.2022, abgerufen am 16.09.2022
51. ↑ [Nach Vorwurf der Klüngelei mit Lindner: Jetzt rudert auch Porsche-Chef Oliver Blume zurück](#) stern.de, 24.07.2022, abgerufen am 16.09.2022
52. ↑ [Porsche-Chef entschuldigt sich: "Falsche Worte gewählt", aber kein Einfluss auf FDP](#) swr.de, 24.7.2022, abgerufen am 16.09.2022
53. ↑ [Lindner will Verbrenner-Aus in EU nicht zustimmen](#) welt.de 21.06.2022, abgerufen am 19.09.2022
54. ↑ [Schriftliche Fragen 01.10.2022](#) bundestag.de, abgerufen am 19.09.2022
55. ↑ [Registerrichtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in Bundesministerien](#) bmi.bund.de vom 01.06.2001, abgerufen am 19.09.2022
56. ↑ [Christian Lindners Porscheproblem](#) netzpolitik.org vom 31.08.202. abgerufen am 19.09.2022
57. ↑ [Lobby Control Pressekommentar](#) lobbycontrol.de 25.07.2022, abgerufen am 16.09.2022
58. ↑ [Wer hinter Volkswagen wirklich steckt](#), faz.net vom 22.06.2016, abgerufen am 22.06.2016
59. ↑ [Aktionärsstruktur](#), volkswagenag.com, abgerufen am 22.06.2016
60. ↑ [VW-Aufsichtsratschef: Pötsch wird Piech-Nachfolger](#), Spiegel online vom 03. 09. 2015, abgerufen am 24. 03. 2016